

Weiterleitung:

als Resolution

an den Bundesvorstand des DGB

als Antrag an

- die Landesbezirkfachbereichskonferenz
- die LandesbezirksseniorInnenkonferenz,
- die Landesbezirkskonferenz
- die Bundesfachbereichskonferenz
- die BundesseniorInnenkonferenz
- den Bundeskongress

Resolution „Wir widersprechen Michael Sommer!“

Wir widersprechen Michael Sommer!

Im letzten Jahr, am 5. März 2013, erfolgte zwischen dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Michael Sommer, den Vertretern der Einzelgewerkschaften im DGB sowie dem damaligen Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière ein Treffen.

Neben den in der anschließenden gemeinsamen Pressekonferenz geäußerten Behauptungen und der vereinbarten künftig engeren Zusammenarbeit zwischen dem DGB und der Bundeswehr erinnert die Wahlversammlung der Seniorinnen und Senioren des Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie (FB 8) insbesondere an die geltende friedenspolitische Beschlusslage des DGB und wir fordern alle Gremien auf, sich für die Umsetzung aktiv einzusetzen.

Im Anschluss an das Treffen erklärte Herr de Maizière: „Die Bundeswehr und der DGB sind Teile der Friedensbewegung“.

Michael Sommer widersprach nicht.

Wir widersprechen!

Die Bundeswehr, aufgebaut von Nazi-Generälen, entgegen dem Potsdamer Abkommen und gegen den Widerstand der Gewerkschaften, war und ist kein Teil der Friedensbewegung.

Im Gegenteil: Sie waren und sind ein Instrument der deutschen Banken und Konzerne, um ihre Interessen durchzusetzen und ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten.

„Das Verhältnis zwischen bewaffneter Macht und Arbeiterbewegung ist historisch belastet, das ist es heute nicht mehr“, erklärte Michael Sommer.

Wir widersprechen!

Die Bundeswehr ist keine Verteidigungsarmee mehr, sondern entgegen ihrem grundgesetzlichen Auftrag eine weltweit agierende Einsatzarmee, die zurzeit in 12 Ländern mit fast 9.000 Soldaten Krieg führt.

Die Bundesrepublik Deutschland ist weltweit der drittgrößte Waffenexporteur.

In den letzten Jahren haben die Rüstungsexporte vor allem in Staaten, in denen Folter und Menschenrechtsverletzungen an der Tagesordnung sind, drastisch zugenommen.

Diese Tatsachen hat Michael Sommer nicht erwähnt.

Wir fordern den DGB auf, zu diesen Zusammenhängen klar Stellung zu beziehen!

Die Senior*innen des FB 8 sind der Meinung, dass der beste Schutz für die Beschäftigten der Bundeswehr eine Außen- und Sicherheitspolitik ist, die Krieg als Mittel der Politik und damit Auslandseinsätze ausschließt.

Deshalb fordern die Senior*innen des FB 8 die Einhaltung des Grundgesetzauftrags (Artikel 87 a) und des Gewaltverbots der UN-Charta. Ihr Inhalt gebietet zum Einen nur einen Einsatz zur Landesverteidigung und zum Anderen das Verbot aller Angriffskriege.

Die Senior*innen des FB 8 sprechen sich gegen das Vorhaben aus, eine gemeinsame Erklärung von DGB und Bundesverteidigungsministerium zu erarbeiten, denn sie sehen darin den Versuch, gesellschaftliche Akzeptanz für die jetzige umstrittene Militärpolitik zu schaffen.

Dies versucht die Bundeswehr seit Jahren auch durch den Abschluss von Kooperationsvereinbarungen mit einzelnen Bundesländern, in denen der erleichterte Zugang zu Schulen und Hochschulen vereinbart ist.

Solche Kooperationsvereinbarungen und die Werbung für den Dienst in der Bundeswehr an Schulen und Hochschulen lehnen die Senior*innen des FB 8 ab.

Die Senior*innen des FB 8 fordern den DGB auf, die friedenspolitischen Positionen und Beschlüsse der DGB-Gewerkschaften gegen Krieg und Militarisierung aktiv zu vertreten und nicht durch unkritische, verharmlosende Erklärungen zu verwässern. Krieg ist nicht Frieden!

Die Senior*innen des FB 8 fordern ebenso die Mitglieder von ver.di auf, sich mit Aktionen und Diskussionsveranstaltungen aktiv für die friedenspolitischen Positionen und Beschlüsse der DGB-Gewerkschaften gegen Krieg und Militarisierung einzusetzen und mittels einer größeren Öffentlichkeit Druck auf den DGB auszuüben.

Begründung:

Die Gewerkschaftsbewegung sollte aus zwei Weltkriegen und dem Faschismus gelernt haben, dass sie aktiver Teil der Friedensbewegung sein und sich gegen Krieg und Militarisierung stellen muss, wenn sie wirksam die Interessen der arbeitenden Menschen vertreten will.

Deshalb haben Gewerkschafter u. a. gegen die Remilitarisierung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg und die beabsichtigte atomare Bewaffnung der Bundeswehr gekämpft, gegen den Vietnamkrieg, gegen die "Nachrüstung" mit atomaren Mittelstreckenraketen, gegen Rüstungsexporte usw.

Nach dem Ende der Systemkonfrontation und des Kalten Krieges darf dieses Engagement der Gewerkschaften für den Frieden und gegen die "neuen" Kriege nicht nachlassen, denn die Bundeswehr wird seitdem zur weltweiten Einsatzarmee umgerüstet und zur Sicherung von Ressourcen und Transportwegen in Auslandseinsätze geschickt.

Als wichtige Themen des Gesprächs und der weiteren Zusammenarbeit von DGB und Bundeswehr werden u. a. Arbeitsplätze in der "Sicherheits"-Industrie und die Versorgung der Soldaten und Angestellten der Bundeswehr genannt, als ginge es vorrangig um die Qualität und Sicherung von Arbeitsplätzen und um gewerkschaftliche Rechte der Beschäftigten.

Wir vermissen auch hier ein kritisches Wort von Michael Sommer, dem DGB-Vorsitzenden, zu solch aktuellen Themen wie der beabsichtigten Ausrüstung der Bundeswehr mit Kampfdrohnen und dem Einsatz der Bundeswehr im Innern.

Michael Sommers Verweis auf positive Beschlüsse des Bundestages zu Auslandseinsätzen und die daraus folgende Forderung nach bestmöglicher Ausrüstung der Soldat*innen zeigt nicht nur Geschichtsverdrängung:

Die Kriegskredite, vor 100 Jahren im Reichstag beschlossen, haben den Krieg nicht gerechter und nicht weniger mörderisch gemacht, sondern ihn erst ermöglicht und damit auch unzähligen Arbeiterinnen und Arbeitern das Leben gekostet.

Viel mehr werden der Grundgesetzauftrag für die Bundeswehr – ihr Einsatz nur zur Landesverteidigung – und die UN-Charta – das Verbot aller Angriffskriege – komplett übergangen.

Vollends zynisch wird der Umgang mit dem Friedenswunsch der Menschen, wenn aus der Ermordung von mehr als 100 Zivilisten bei Kundus in Afghanistan faktisch ein Friedensakt gemacht wird – "die Bundeswehr ist Teil der Friedensbewegung", so de Maizière – und dem von Michael Sommer nicht widersprochen wird.

**Beschlossen von den
Seniorinnen und Senioren des Fachbereiches Medien, Kunst und Industrie (FB 8) in der ver.di,
Landesbezirkes Berlin-Brandenburg, am 24. März 2014**